

## CDU Fraktion im Gemeinderat Große Kreisstadt Wiesloch

CDU-Fraktion im Gemeinderat  
Schwetzinger Str. 64, 69168 Wiesloch  
Wiesloch, den 21. März 2012

Fraktionsvorsitzender  
Klaus Deschner  
Telefon 06222 / 93 53 0  
Fax 06222 / 93 53 10  
E-Mail: [RAFStDeschner@aol.com](mailto:RAFStDeschner@aol.com)

---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schaidhammer,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Hänsch !  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren !

Nach einigen Jahren der zunehmenden Verschuldung, insbesondere aber der zunehmenden kurzfristigen Kassenkredite hat uns nun die Verwaltung einen Haushaltsplanentwurf für dieses Jahr 2012 vorgelegt, der ausgeglichen ist und ein Investitionsvolumen von ca. 3,1 Mio Euro ausweist.

Die Kassenkredite werden mit Mitteln des Finanzhaushalts um 1,9 Mio Euro zurückgeführt, ein weiter Teilbetrag von 2 Mio € wird von kurzfristigem Kredit in langfristiges Darlehen umgeschuldet.

Möglich geworden ist dies durch die in 2011 eingetretene allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland; dies bedeutet deutlich erhöhte Zuschüsse aus Landes- und Bundesmitteln und eine geringe Senkung der Kreisumlage.

Allerdings beinhaltet der Haushalt eine gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderte Gewerbesteuererinnahme von lediglich 10 Mio €; wir kennen die anhaltende Notlage bei Heidelberger Druckmaschinen und hoffen, dass dort kein weiterer Personalabbau erfolgen muss.

Möglich geworden ist der vorgelegte ausgeglichene Haushalt aber auch durch eigene Anstrengungen, die in etlichen Runden der Haushaltsstrukturkommission nach dem Jahr 2010 auch im vergangenen Jahr erarbeitet wurden; dies bedeutet eine Verbesserung des vorliegenden und der künftigen Haushalte von ca. 560 T€/p.a.

Herausgekommen sind dabei schmerzhaft eingesparungen, die auch vor der Jugend- und Vereinsarbeit nicht Halt machten und gelegentlich von

der Bevölkerung auch optisch wahrgenommen werden wird, z.B. beim verringerten Blumenschmuck ; aber auch ungeliebte Steuererhöhungen wurden beschlossen, wie Grundsteuer und Zweitwohnungssteuer.

Herr Bühler hat bei der Haushaltseinbringung zu Recht darauf hingewiesen, dass die in 2011 eingetretene Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland keineswegs eine dauerhaft gesicherte künftige Positiv-Entwicklung bedeutet.

**Wir sind daher weiter aufgefordert, bei unseren Bemühungen um Haushaltskonsolidierung nicht nachzulassen.**

Ein Ziel erreichen wir allerdings auch mit diesem Haushaltsplanentwurf leider nicht:

nämlich so viel zu investieren, wie wir an Abschreibungen im Ergebnishaushalt berücksichtigen müssen, nämlich ca. 3,5 Mio €

Mit Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens hatten wir uns auf das Motto eingeschworen, dass **jede Generation ihren Konsum selbst erwirtschaften** soll. Auch wenn die aktuell gute wirtschaftliche Lage sich bis 2015 fortsetzen sollte, was wir natürlich hoffen, hätten wir dennoch seit 1999 dieses Ziel der Generationengerechtigkeit verfehlt.

Stabilität der allgemeinen **wirtschaftlichen Verhältnisse** in Deutschland und unserer Region sowie fortgesetzte **Sparbemühungen** des GR und der Verwaltung sind **zwei wichtige Standbeine** für künftige ausgeglichene Haushalte; **das dritte Standbein**, das letztlich Sicherheit für einen ausgeglichenen Haushalt gewährt, ist die **Einnahmensteigerung**; nicht aber durch weitere Steuererhöhungen, denn hier ist unserer Ansicht nach das Äußerste erreicht.

Zum wiederholten Male, auch bei dieser Gelegenheit, weise ich darauf hin, dass die **Erhöhung der Einwohnerzahl** eine gesicherte Mehreinnahme für den Haushalt bedeutet.

Nach wie vor ist Wiesloch eine Stadt mit hohem Wohn- und Freizeitwert; nach wie vor wollen Menschen hierher zuziehen.

Durch attraktive Wohngebiete in den Stadtteilen Baiertal, Frauenweiler, Schatthausen und in Wiesloch selbst haben wir diese Möglichkeit der Bevölkerung und Interessenten von Außerhalb geschaffen.

Die meisten Grundstücke im 1. BA der Äußeren Helde wurden innerhalb kürzester Zeit verkauft, nachdem in langwierigen Verfahren, zuletzt auch bei den Behörden, alle rechtlichen und formalen Hürden erledigt waren.

Wegen anhaltender großer Nachfrage insbesondere nach Einzel- und Doppelhausgrundstücken wird über die Durchführung des 2. BA in der Äußeren Helde in einer der nächsten GR-Sitzungen die Entscheidung fallen, wobei klar ist, dass wir keine Zwangsmaßnahmen wollen.

Wenn wir in den Bauabschnitten 1 und 2 mit einem Bevölkerungszuwachs von ca. 1000 Neu-Wieslochern rechnen, dann bedeutet dies bei den gegenwärtigen Schlüsselzuweisungen eine jährliche nahezu gesicherte **Mehreinnahme von ca. 1 Mio €**, ohne dass dafür wesentliche Kosten für neue Infrastrukturmaßnahmen auf die Stadt zukämen.

**Mit der Realisierung dieses 2. BA wäre die Entwicklung Wieslochs auf Jahrzehnte gesichert;**

die voraussichtlichen Verkaufserlöse wären ausreichend, um die bis dahin aufgelaufenen Verbindlichkeiten zu tilgen.

Wenn wir in den vergangenen Jahren von der **Weiterentwicklung** unserer Stadt sprachen, dann hatten neben der Wohnbaulanderschließung der Bau eines **innerstädtischen Fachmarktzentrums** und die Gestaltung des Zweckverbandsgebietes am Bahnhof höchste Priorität.

Das Fachmarktzentrum ist ein optisch gelungenes Objekt geworden; wir sind sicher, dass es vollumfänglich akzeptiert wird.

Unzufrieden sind wir mit seiner Verkehrsanbindung zur Innenstadt und dem damit zusammenhängenden Verfahren der Bürgerbeteiligung durch nachträgliche Bürgerbefragung.

Die jetzt bestehende Regelung ist ein Provisorium, das –so der Gemeinderatsbeschluss- nach einem Zeitraum von 1/2 bis ¾ Jahr zu überprüfen ist.

Der **Omnibusbahnhof** mit darunterliegendem Parkhaus und überdachtem Steg über die Bahngleise wird in diesem Sommer fertig gestellt und die freie Parkierung wird geordnet. Die nahe Fertigstellung dieser Großmaßnahme führt bisher zu zahlreichen Nachfragen für **Gewerbeflächen** im Bahnhofsumfeld und bestätigt damit unsere Aussage:

***nur in einem schönen und geordneten Umfeld entwickelt sich Nachfrage zur Gewerbeansiedlung.***

Für unsere sehr gut vorhandenen Schulen stehen über 370 T€ weitere Sanierungsmittel zur Verfügung für die Innenrenovierung der Realschule

und Dachsanierung bzw. Erneuerung von Elektroinstallation beim Gymnasium.

Dies sind übrigens über 80% mehr, als im Haushalt für allgemeine Straßenerneuerung vorgesehen ist.

**Straßensanierung und Erneuerung: hier müssen wir in Zukunft verstärkt tätig werden**, der Zustand unserer Straßen ist überwiegend katastrophal.

Neben dem Betrag von 200 T€ für allgemeine Straßenerneuerung sind in diesem Jahr weitere Mittel eingestellt für den beschlossenen Kreisel am Bahnhof; zweifelsohne einer der Unfallschwerpunkte in unserer Stadt.

Daneben gibt es aber weitere Straßen- und Kreuzungssituationen, die ebenfalls dringend durch Baumaßnahmen zugunsten der notwendigen Verkehrssicherheit zu überplanen sind.

Dazu gehört ganz sicher der Bereich Neues Sträßel zwischen Hoschket-Kreisel und der Einmündung zur L 723.

Auf dieser Strecke liegen **drei** Unfallschwerpunkte, insbesondere im Bereich Aldi/Schwimmbadstrasse und Sandpfadweg/Abbiegung zur L 723. Darüber hinaus findet auf diesem Straßenstück erheblicher Schüler-Radverkehr zwischen Frauenweiler und Schulzentrum statt.

**Allerdings hat eine Überplanung dieses Bereichs nur dann Sinn, wenn auch nachfolgend Mittel bereit gestellt werden zur Durchführung einer Veränderungsmaßnahme.**

Auch WGF und Freie Wähler haben ja in ihrem gemeinsamen Antrag dieses Straßenstück zur Überplanung empfohlen; die Kosten hierfür müssen aber **zusätzlich** in den Haushalt 2012 aufgenommen werden sowie weitere Mittel in die Mittelfristige Finanzplanung ab 2013 zur Realisierung.

Wir halten diese Maßnahme am Neuen Sträßel für unverzichtbar und dringend geboten.

**Daher beantragen wir**, für 2012 für Planung und notwendigen Grunderwerb einen Betrag von 200 T€ und in die Mittelfristige Finanzplanung 2013 und 2014 jeweils 500 T€ und 300 T€ zur Realisierung einzustellen.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung teilweise auf bereits vorhandene Planungen zurückgreifen kann, so dass wir die beantragten Mittel für ausreichend erachten. Sollte die Verwaltung der Ansicht sein, dass die Mittel entweder nicht ausreichend sind oder eventuell doch zu hoch, bitte ich um einen entsprechenden Hinweis, damit das in den

Haushalt eingestellt wird, was in 2012 und 2013/14 zur Planung und Realisierung notwendig ist.

Zur **Finanzierung** dieser Maßnahme gehen wir zuversichtlich davon aus, dass am Ende des Jahres 2012 die Gewerbesteuereinnahmen höher sein werden, als vorliegend veranschlagt; die Signale der wirtschaftlichen Entwicklung sind aktuell sehr positiv.

Wir unterstützen weiterhin den standortgerechten Ausbau bzw. Erhalt von Kindergarten- und Krippenplätzen. Wichtig ist uns dabei, dass die Versorgung wohnortnah erfolgen kann, um Kindern aufwändige Anfahrtswege zu ersparen, allerdings unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit.

Zwar wurden die Landeszuweisungen für Ü3 und insbesondere U3-Plätze deutlich erhöht; insgesamt tragen wir aber immer noch einen Kostenanteil von ca. 38%;

bei der Krippenbetreuung, also nur den U3-Plätzen, hatten wir von 2007 bis 2011 eine Unterdeckung von über 1,2 Mio € zu tragen.

Alleine für die Kindergärten und Krippen werden wir in 2012 über 4,7 Mio € ausgeben und letztlich noch mit über 1,7 Mio € belastet sein nach Abzug der Zuschüsse.

An dieser Stelle möchte ich den kirchlichen Trägern unserer Kindergärten Dank sagen für Ihre Trägerschaft und finanzielle Beteiligung an den anfallenden Gesamtkosten.

Kindergarten- und Krippenplätze vorzuhalten ist eine kommunale, nicht kirchliche Pflichtaufgabe. Gerne nehmen wir die kirchlichen Einrichtungen und Personal in Anspruch, um unsere Pflichtaufgabe zu erfüllen. Aber ebenso wie wir bestimmten arbeitsvertraglichen Regelungen unterliegen, sind die örtlichen kirchlichen Träger an übergeordnete kirchliche Regelungen gebunden, über die sie nicht frei disponieren können. Dies gilt es von unserer Seite aus zu respektieren.

Dieser gegenseitige Respekt und Achtung des Vertragspartners ist leider von einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten in der vergangenen öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29.02. gröblich missachtet worden. Wir hoffen, dass es dem GR und der Verwaltung gelingt, das beschädigte Vertrauen wieder herzustellen.

Gerade dann, wenn die Stadt an Freiwilligkeitsleistungen sichtbar einsparen muss, wie z.B. am öffentlichen Blumenschmuck, an den öffentlichen Brunnen, wird verstärkt an das **bürgerschaftliche Engagement** appelliert.

Wenn wir uns von den Bürgerinnen und Bürgern Freiwilligkeitsleistungen erhoffen, dann müssen wir aber auch zeigen, dass wir über erbrachte Freiwilligkeitsleistungen dankbar sind. Dies zeigt sich z.B. durch die Verleihung der **Ehrenplakette** für bürgerschaftliches Engagement.

Nach neuester Einschätzung unseres Kämmerers, Herrn Bühler, ist davon auszugehen, dass die Gewerbesteuererinnahmen in diesem Jahr wohl doch ein wenig (vielleicht mehr als 1 Mio €) höher sein wird aus den amtlichen Steuerschätzungen zu entnehmen.

Haben wir daher Vertrauen in unsere Zukunft, ohne dabei übermütig werden zu wollen. Konzentrieren wir uns bei den Ausgabewünschen nicht auf das Wünschenswerte sondern auf das Notwendige.

Dies ist unserer Ansicht nach in diesem Haushaltsplanentwurf deutlich zum Ausdruck gekommen.

**Aus diesem Grunde sage ich für die CDU-Fraktion:**

***Wir stimmen dem Haushaltsplanentwurf zu und wünschen die Berücksichtigung unseres Antrages im Haushalt.***

**Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei den Fachbereichleiterinnen und Fachbereichsleitern sowie allen deren Mitarbeitern, unserem Verwaltungsvorstand mit Frau Bürgermeisterin Hänsch und Herrn Oberbürgermeister Schaidhammer für die stets sehr gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und den ausgearbeiteten Haushaltsentwurf.**

Vielen Dank.

Klaus Deschner